

I. Anmeldung

TOP: 3.0

Werkausschuss NürnbergStift
Sitzungsdatum 24.11.2016
öffentlich

Betreff:
Ausbildung
hier: Antrag der SPD Fraktion vom 10.06.2016

Anlagen:
 3.1. Sachverhalt
 3.2. Anlage Stellungnahme Klinikum Nürnberg zur Anfrage der SPD Fraktion vom 10.06.2016

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Weiterentwicklung und Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen ist Teil der Koalitionsvereinbarung. Hintergrund sind der zunehmende Fachkräftebedarf – auch aufgrund der demographischen Entwicklung, die sich verändernden Versorgungsstrukturen aber auch die zunehmende Komplexität der Pflegesituationen. Ziel ist, einen Beruf als Zugang zu den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Pflege und eine übergreifende Qualifizierung zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen zu entwickeln.

Es werden Grundelemente der generalistischen Ausbildung benannt, die Chancen und Risiken beleuchtet, praktische Erfahrungen aus einem Modellversuch mit dem Klinikum Nürnberg geschildert, die Auswirkungen auf Ausbildungsangebote und Personalgewinnung untersucht und ein Ausblick gegeben.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
 entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die stark weiblich ausgeprägte Struktur der Mitarbeitenden und Auszubildenden stellt eine hohe Herausforderung für die Personalarbeit und -gewinnung dar. Entsprechende Maßnahmen werden ergriffen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
-
-
-

II. Herrn OBM

III. NüSt

Nürnberg, 31.10.2016
Pröiß

(5500)